



Antrag

Vorlagen-Nr.: A-182/2021-2026

Aktenzeichen: FB 1 - Gü/Te

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	26.01.2023

Betreff:

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Januar 2023 betr.
Energiebereich - Landesprogramm Hessen

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim möge nachfolgenden Berichtsantrag beschließen:

1. Verfügt der Magistrat formell oder informell über Informationen darüber, ob Vereine, Verbände und Initiativen sowie Wirtschaftsunternehmen in Pohlheim Engpässe bei der Finanzierung der aktuellen Energiekosten haben?
- Müssen nach Kenntnisstand das Magistrates einzelne Vereine bereits ihre Aktivitäten einschränken?
- Sind Reaktionen aus dem Bereich Wirtschaft auf die gestiegenen Energiekosten bekannt?
2. Das Land Hessen hat am 5.12.2022 ein Landesprogramm „Hessen steht zusammen“ aufgelegt mit dem Ziel „Gemeinsam die Folgen des Krieges gegen die Ukraine (zu) bewältigen“. Dieses Programm sieht 30 Mio. Euro „für Vereine, Verbände und Initiativen (vor), die sich in den Bereichen Sport, Kultur, Umwelt, Bildung, Soziales engagieren“. Welche Informationen liegen dem Magistrat vor, wann dieses Programm anläuft und wie dieses Programm umgesetzt werden soll?
3. Daneben sieht dieses Landesprogramm 3 Mrd. Euro „in einem Bürgschaftsrahmen für Unternehmen“ vor. Über welche Informationen verfügt der Magistrat zu den Konditionen und Umsetzungswegen dieses Programms? Wurden hierzu Informationen beim Landkreis, dem Regierungspräsidium und der Landesregierung eingeholt?
4. Wie kann und wird der Magistrat über dieses Programm die in Pohlheim ansässigen Vereine, Verbände, Initiativen und Unternehmen informieren?
5. Dieses Landesprogramm sieht darüber hinaus erhebliche finanzielle Mittel vor für den Ausbau regenerativer Energien incl. für den Ausbau von Energie-Beratungsangeboten. Wieweit wird sich die Stadt Pohlheim an diesem Programm beteiligen?

Begründung:

In der Stadt Pohlheim zirkulieren Hinweise, dass die städtischen Vereine, Verbände und Initiativen Probleme haben, die gestiegenen Energiekosten zu tragen. Auch soll es bereits zu restriktiven Entscheidungen gekommen sein. Bisherige Entlastungspakete etwa des Bundes haben v.a. private Haushalte unterstützt bzw. im Blick. Das für die Gesellschaft wichtige Vereinsleben hingegen kommt in diesem Zusammenhang erst jetzt ins Blickfeld.

An Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung wurden Bitten herangetragen, ob die Stadt hier nicht helfen kann. Die Stadt Mannheim beispielsweise hat ein Unterstützungsprogramm aus kommunalen Mitteln beschlossen. Bevor weitergehende Überlegungen angestellt werden, müssen die bereits vorhandenen Fördertöpfe in den Blick genommen werden, schon alleine um Doppelungen zu verhindern. Unstrittig aber ist, dass den Vereinen etc. geholfen werden soll, wenn Bedarf besteht.

In gleicher Weise ist die lokale Wirtschaft von den gestiegenen Kosten zu entlasten. Während größere Unternehmungen im Regelfall über ihre Verbandsstrukturen und die IHK auf Förderprogramme hingewiesen werden, sind insbesondere kleine Betriebe oftmals im Hintertreffen, weil hier die Zeit fehlt, sich ausführlich zu informieren. Da könnte die Kommune Hilfestellung geben.